

Anzeiger von Wallisellen, 21. April 2005

Sparen an falscher Stelle

Dezentrale Drogenhilfe: Stellungnahme zur Geldkürzung

Die Stiftung Netzwerk betreibt als grösster privater Anbieter im Bereich der Dezentralen Drogenhilfe im Zürcher Oberland verschiedene Wohn- und Arbeitsangebote und führt seit vier Jahren in Zusammenarbeit mit dem Verein DDMG (Dezentrale Drogenhilfe mittlere Glattal), Wohn-, Arbeits- und Jugendangebote im Glattal.

Als betroffene Institutionen erleben wir in der Praxis die Kürzung der kantonalen Subventionen völlig anders als dies der Regierungsrat in seinem Bericht darstellt.

Einerseits wurde mit dieser Sparaktion, wie so oft bei ähnlichen Massnahmen, überhaupt nicht gespart, Kosten wurden einfach verlagert. Gespart hat nur der Kanton, denn in den meisten Regionen im Kanton Zürich mussten die Gemeinden die fehlenden Gelder als erhöhte Defizitbeiträge an die Trägerschaften einschliessen oder als zuweisende Behörden erhöhte Tagestaxen akzeptieren. Die restlichen Fehlbeträge gehen z.B. in unserem Fall auf Kosten des Eigenkapitals unserer privaten Stiftung und konnten nur zum Teil dank Hilfe von privaten Geldgebern provisorisch gedeckt werden. Solche Umlagerungsstrategien funktionieren mit grossem Einsatz der Mitarbeiterinnen vielleicht kurzfristig, langfristig muss sich der Regierungsrat aber fragen, ob er sich bei dieser heiklen Aufgabe wirklich auf diese Weise aus der Verantwortung verabschieden kann. Das bisher tragende Vier-Säulen-Modell im Drogenbereich (Prävention, Repression, Therapie, Schadenminderung), welches weit über die Schweizer Grenzen für positives Echo sorgt, ist aufgrund dieser Kürzung im Kanton Zürich massiv geschwächt. Angebote der Überlebenshilfe waren Mitte der Neunzigerjahre entscheidend, um die Suchtkranken von der Gasse zu bringen. Die Lettenschliessung liegt zum Glück zehn Jahre zurück, die Suchtkranken aber sind noch immer unter uns und brauchen entsprechend professionelle Unterstützung, denn in diesem Bereich kann nur zu einem kleinen Teil mit ehrenamtlicher Arbeit geholfen werden.

Wir als betroffene Organisationen hätten eine finanzielle Kürzung angesichts der schwierigen Staatsfinanzen und Steuersenkungen akzeptiert, aber die Kürzung in der Drogenhilfe beträgt satte 60 Prozent! Das hat Folgen für die Anbieter. Einzelne Angebote wurden geschlossen, notwendige Konzept-Anpassungen sind nicht mehr möglich, die Qualität in den Angeboten ist mit weniger Personal schwierig zu halten und für eine sinnvolle Vernetzung in diesem sehr labilen Bereich bleibt kaum mehr Zeit. All dies macht die Kürzungen zu einem ernsthaften Problem und die langfristigen volkswirtschaftlichen Kosten könnten weit höher als die gesparten 4,8 Millionen Franken betragen.

Insofern ist der Bericht des Regierungsrats zu relativieren und die Einwände der im Drogenbereich Tätigen wurden zuwenig berücksichtigt. Es wäre wünschenswert, der neue Regierungsrat ginge bei diesem Geschäft nochmals über die Bücher und käme auf seinen Entscheid zurück.

Kaspar Jucker,
Stiftung Netzwerk, Rüti/Uster
Claudius Scholer,
Verein DDMG, Wallisellen